



8/SN-90/ME

AMT DER O. Ö. LANDESREGIERUNG

Verf(Präs) - 1120/17 - Gl/Pe/Lw

Linz, am 17. August 1984

Bundesgesetz, mit dem das
Kraftfahrgesetz 1967 geändert
wird (9. Kraftfahrgesetz-Novelle);
Entwurf;
Bundesgesetz, mit dem den Umwelt-
schutz betreffende Bestimmungen
des Kraftfahrgesetzes 1967 geändert
werden (8. Kraftfahrgesetz-Novelle);
Regierungsvorlage;
Stellungnahme

An das
Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

GESETZENTWURF
4P -GE/19 84

Datum: 30. AUG. 1984

Verteilt 1984-08-31 *franz**Dr. Klausprober*

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Bundesministerium für Verkehr versandten Entwurf
einer 9. Kraftfahrgesetz-Novelle sowie zur Regierungsvorlage
einer 8. Kraftfahrgesetz-Novelle übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:





AMT DER O. Ö. LANDESREGIERUNG

Verf(Präs) - 1120/17 - Gl/Pe/Lw

Linz, am 17. August 1984

Bundesgesetz, mit dem das
Kraftfahrgesetz 1967 geändert
wird (9. Kraftfahrgesetz-Novelle);
Entwurf;
Bundesgesetz, mit dem den Umwelt-
schutz betreffende Bestimmungen
des Kraftfahrgesetzes 1967 geändert
werden (8. Kraftfahrgesetz-Novelle);
Regierungsvorlage;
Stellungnahme

Zu Zl. 70.009/1-IV/3-84 vom 20. Juni 1984

An das
Bundesministerium für Verkehr
Karlsplatz 1
1015 W i e n

A. Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem
mit der dortigen Note vom 20. Juni 1984 versandten
Entwurf einer 9. Kraftfahrgesetz-Novelle wie folgt
Stellung zu nehmen:

Zu Z. 2 (§ 66 Abs. 2 lit. e):

Die im Zusammenhang mit der Absicht, die Voraussetzungen
dafür zu schaffen, daß die Lenkerberechtigung bereits
bei erstmaliger Alkoholisierung auch ohne Unfallver-
ursachung entzogen werden kann, vorgesehene Neuformulierung
dieser Gesetzesbestimmung stellt infolge der bloßen Ver-
weisung auf die Übertretung gemäß § 99 Abs. 1 StVO 1960
nicht mehr auf das Lenken eines Kraftfahrzeuges ab. Dies
hätte zur Folge, daß unter den hier maßgeblichen Gesichts-
punkten bei einer z.B. mit einem Fahrrad begangenen Über-
tretung nach § 99 Abs. 1 StVO 1960 zwar kein Verbot des

b.w.

- 2 -

Lenkens von Fahrzeugen nach § 59 StVO 1960 ausgesprochen werden könnte, dennoch aber die Lenkerberechtigung unter Umständen entzogen würde. Nach h.Auffassung scheint das - zu begrüßende - Änderungsvorhaben die Adaptierung weiterer Gesetzesbestimmungen zu verlangen.

Überdies scheint die Neuformulierung der lit. e nicht ganz widerspruchsfrei geglückt, weil genaugenommen bei Vorliegen einer Verwaltungsübertretung nach Art. IX Abs. 1 Z. 3 EGVG. 1950 eigentlich keine Übertretung gemäß § 99 Abs. 1 StVO 1960, sondern höchstens eine Tat begangen werden kann, die sonst den Tatbeständen des § 99 Abs. 1 zu unterstellen wäre.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß nach den vorliegenden Entwurfsbestimmungen eine einmalige Übertretung gemäß § 99 Abs. 1 StVO 1960 nicht zu einer Entziehung der Lenkerberechtigung in jedem Fall führen wird, weil nach wie vor bei der Wertung dieser bestimmten Tatsache bzw. bei der Prüfung der Sinnesart des Kraftfahrzeuglenkers auch sein bisheriges Verhalten im Straßenverkehr (z.B. keine Verwaltungsvorstrafen trotz langjähriger Verkehrsteilnahme) zu berücksichtigen sein wird.

Eine mündliche Diskussion des Gesetzentwurfs wird für entbehrlich gehalten.

B. Zu dem dem Amt der o.ö. Landesregierung nur in der Fassung einer Regierungsvorlage zugekommenen Entwurf einer 8. Kraftfahrzeuggesetz-Novelle wird folgendes bemerkt:

Die mit diesem Gesetzesvorhaben beabsichtigten Änderungen kraftfahrrechtlicher Vorschriften werden begrüßt. Es fällt aber auf, daß nach der Entwurfsabsicht der wieder-

kehrenden Kontrolle des Motors nur Kraftfahrzeuge mit "Ottomotor" (abweichend davon die Bezeichnung in den Erläuterungen: Benzinmotor) zu unterziehen sind und in den Erläuterungen hiezu nicht näher darauf eingegangen wird, warum auf eine vergleichbare gesetzliche Verpflichtung zur Kontrolle der Emission schädlicher Luftverunreinigungen bei Kraftfahrzeugen etwa mit Dieselmotor ohne weiteres verzichtet werden kann.

Ferner wird im Zusammenhang mit den zur Vornahme der Motor(emissions)kontrolle gemäß Abs. 4 des neuen § 57b ex lege ermächtigten Vereinen und Gewerbetreibenden auf folgendes hingewiesen:

Wenn die Anordnung der sinngemäßen Geltung verschiedener Gesetzesbestimmungen bewirken soll, daß eben wegen der für die neue Begutachtungstätigkeit vorgesehenen ex-lege-Ermächtigung ein antragsgemäß auf Grund des § 57a Abs. 2 sonst durchzuführendes Administrativverfahren zu entfallen hat, so dürfte eine solche Auslegung der Entwurfsbestimmung auch in der Praxis keine größeren Schwierigkeiten bereiten. Nicht so sicher aber dürfte die Antwort auf die Frage nach der sinngemäßen Anwendung des im § 57 a Abs. 2 vierter Satz geregelten Widerrufs der Ermächtigung sein: Kann nun zufolge der Entwurfsbestimmung für die so ex lege Ermächtigten ein Widerrufsverfahren selbständig und auf die Motorkontrollermächtigung beschränkt durchgeführt werden oder ist der Wegfall der neuen, ex lege gewonnenen Motorkontrollermächtigung in jedem Fall an den rechtskräftigen Abschluß eines Widerrufsverfahrens (betreffend die antragsgemäß erlangte - ursprüngliche - Ermächtigung) gebunden - demnach nur als bloße Tatbestandswirkung eines gemäß § 57a Abs. 2 vierter Satz herbeigeführten Widerrufsbescheides denkbar?

Eine Klarstellung scheint geboten.

- 4 -

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem
Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be a stylized 'G' followed by a horizontal line.